

Koalition sieht gute Nachricht für Arbeitsmarkt

01.03.2010 - 17:51

Die Koalition hat bei ihrer ersten Pressekonferenz im Rahmen der Regierungsklausur in Graz die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt hervorgehoben. Bundeskanzler Werner Faymann (S) sprach von "vorsichtig positiven Tendenzen", Sozialminister Rudolf Hundstorfer (S) hob hervor, dass es den dritten Monat in Serie einen stabilen Rückgang der Arbeitslosenzahlen bei den 15- bis 19-Jährigen gebe.

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (V) blieb es zu würdigen, dass trotz der größten Wirtschaftskrise der Zweiten Republik die Zahl der ausgebildeten Lehrlinge stabil gehalten worden sei. Es gebe eine Reihe von neuen Lehrberufen und vor allem die Tendenz, dass Modul-Lehrberufe stark weiterentwickelt worden seien. Das wesentlichste der vorgelegten Zukunftsprojekte ist ein Ausbau der Produktionsschulen. 2010 kommt es zu weiteren Neueröffnungen, insgesamt sollen dann mehr als 950 Plätzen zur Verfügung stehen, wovon jährlich fast 2.000 Jugendliche profitieren können.

Produktionsschulen sind ein Modell zur außerschulischen Berufsvorbereitung für Jugendliche mit besonderen Schwierigkeiten und speziellem Förderbedarf, insbesondere auch Lehr- und Schulabbrecher. Mit diesen Einrichtungen soll den Jugendlichen der Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder zur Berufstätigkeit erleichtert werden. Die Besonderheit dieser Einrichtungen besteht laut Ministerratsvortrag in der Verbindung theoretischen Lernens, praktischer am Arbeitsmarkt orientierter Produktionsarbeit und sozialpädagogischer Betreuung in den hausinternen Werkstätten. Durch die Herstellung marktfähiger Produkte und die Erbringung marktfähiger Dienstleistungen, für die auch ein "Lohn" (Deckung des Lebensunterhalts) gezahlt wird, wird eine arbeitsmarktähnliche Situation geschaffen.

Arbeitszeitverkürzung gegen Arbeitslosigkeit

Arbeitszeitverkürzung im Kampf gegen steigende Arbeitslosigkeit fordert der ÖGB. "Eine Arbeitszeitverkürzung würde die Arbeitslosigkeit senken und könnte außerdem entscheidend zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen", so der Leitende Sekretär im ÖGB, Bernhard Achitz, zu den aktuellen Arbeitsmarktdaten. Die Regierung habe viele richtige Schritte gesetzt, vor allem den Ausbau der Qualifizierungsmaßnahmen. Für die Schaffung von Zukunftsjobs im Pflege- und Sozialbereich sei eine Sozialmilliarde notwendig. Dies müsse über den Solidarpakt finanziert werden. Der ÖGB fordert daher wiederum einen Beitrag jener zur Krisenbewältigung, die die Krise verursacht haben. "Deshalb verlangen wir eine Finanztransaktionssteuer und eine Bankenabgabe."

Maßnahmen gegen die steigende Arbeitslosigkeit bei Älteren fordert der Präsident der Arbeiterkammer (AK), Herbert Tumpel. Bei den über 50-Jährigen ist die Arbeitslosigkeit im Februar in Österreich mit plus 7,3 Prozent überdurchschnittlich gestiegen. "Wir werden rasch ein Arbeitsmarktpaket auch für diese Beschäftigungsgruppe brauchen", so Tumpel. Wesentliche Punkte dabei seien Gesundheitsprävention und neue Arbeitszeitmodelle, um Ältere länger in Beschäftigung zu halten.

Massive Kritik an der Arbeitsmarktpolitik der Regierung kommt von der Opposition. Der Kampf der Regierung gegen die Arbeitslosigkeit sei "weitgehend erlahmt", so die Arbeitnehmersprecherin der Grünen, Birgit Schatz. Vor allem die steigende Langzeitarbeitslosigkeit zeige das "Versagen der Arbeitsmarktpolitik". Dass bei den Zeitarbeitern die Arbeitslosigkeit wieder langsam zurückgehe, hinterlasse "einen bitteren Beigeschmack". "Offenbar sind viele Unternehmen nach wie vor nur auf der Suche nach der billigsten Arbeitskraft und sind nicht bereit, zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beizutragen." Es brauche gesetzliche Maßnahmen, um den "Wildwuchs an Zeitarbeit, der auf Kosten von fixen Arbeitsplätzen geht, einzuschränken."

Sozialminister Rudolf Hundstorfer (S) spiele die Arbeitslosenzahlen herunter, so Bundesparteiobermann Heinz-Christian Strache und FPÖ-Arbeitnehmersprecher Herbert Kickl. Sämtliche Schulungen gehören "schleunigst evaluiert, um unsinnige Kurse bzw. Teilnahmen auszufiltern." Die aktive Arbeitsmarktpolitik dürfe nicht auf "Sparflamme" gehalten werden.

In Wien Anstieg um 2,4 Prozent

Das Arbeitsmarktservice in Wien verzeichnete im Februar einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen um 2,4 Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres. Die Zahl der arbeitslos Gemeldeten ist um insgesamt 1.860 gestiegen und lag Ende Februar bei 79.837. Dabei waren diesmal Frauen vom Anstieg prozentuell stärker betroffen: Plus 3,2 Prozent oder 905 auf insgesamt 29.016 Personen. Bei den Männern betrug die Steigerung 1,9 Prozent oder 955 Personen auf insgesamt 50.821.

Wie die Chefin des AMS-Wien, Claudia Finster, am 1. März in einer Aussendung betonte, ist die Vormerkdauer im Jänner um zwei Tage auf 88 gefallen: "Das heißt, dass unsere Jobvermittlung auch in schwierigen Zeiten schneller wird." Gute Nachrichten gebe es auch für Jugendliche: In der Gruppe von Menschen, die jünger als 19 Jahre alt sind, verzeichnet das AMS-Wien einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 4,7 Prozent. Begleitet wird dieser Rückgang von einem Minus an Lehrstellensuchenden (101 Jugendliche weniger) und einem Plus an offenen Lehrstellen (30 zusätzliche Positionen).

Insgesamt gab es in Wien im Vormonat 5.803 angebotene Jobs, um 889 mehr als vor einem Jahr. Ausgeweitet wurden auch die Aus- und Weiterbildungsangebote des AMS: 31.502 Personen besuchten Ende Februar Schulungen, das sind um 48 Prozent oder 10.219 mehr als ein Jahr davor. Laut AMS konnte die Langzeitarbeitslosigkeit weiter gesenkt werden: Nur noch 606 Personen waren Ende Jänner länger als ein Jahr arbeitslos, damit um 171 weniger als vor einem Jahr.

(APA)